



# Schwarz auf Weiss aus Berlin

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Sabine Weiss für Alpen, Hamminkeln, Hünxe, Kamp-Lintfort, Rheinberg, Schermbeck, Sonsbeck, Voerde, Wesel, Xanten



Ausgabe 41/2011

02. Dezember 2011

*Liebe Leserinnen und Leser,*

diese Woche hatten wir hohen Besuch in unserem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Unsere Bundeskanzlerin hat uns Abgeordneten Rede und Antwort gestanden. Sie erläuterte uns ihre Vorstellungen und Zielsetzungen in der Entwicklungspolitik. Es ist immer wieder erfrischend, die Kanzlerin live und in voller Aktion zu erleben. Im Fernsehen und bei ihren offiziellen Statements ist sie ja häufig ernst und sehr ruhig. Bei der aktuell schwierigen politischen Lage ist das natürlich auch kein Wunder und angemessen. In unserem Ausschuss hat sich unsere Kanzlerin aber mal wieder sehr schlagfertig, charmant, offenerherzig und überzeugend gezeigt. Mit ihren wohlformulierten und geistreichen Spitzen auf die teilweise scharfen Fragen der Opposition, die einzig und allein zu dem Zweck gestellt wurden, die Kanzlerin in die Enge zu treiben, hat sie im Ausschuss für Erheiterung gesorgt. Sehr interessant waren auch die Schilderungen ihrer persönlichen Eindrücke von ihren Reisen um die Welt. Es ist eine große Ausnahme, dass Bundekanzler in Fachausschüsse kommen. Konrad Adenauer, Willy Brandt und Helmut Kohl waren während ihrer gesamten Amtszeit jeweils nur ein einziges Mal in einem Fachausschuss. Den Ausschuss für Entwicklungszusammenarbeit hat bis zu diesem Mittwoch noch nie ein Kanzler besucht. Mit ihrer Anwesenheit in unserem Ausschuss - gerade in diesen Zeiten, in denen wir noch ganz andere Baustellen haben - hat die Kanzlerin einmal mehr deutlich gemacht, wie sehr ihr die Entwicklungszusammenarbeit am Herzen liegt. Ihre Aussagen waren für uns Entwicklungspolitiker sehr ermutigend. Angela Merkel

hat bekräftigt, dass Deutschland nach wie vor zu seinen internationalen Zusagen steht und die Armutsbekämpfung und das Engagement für eine gerechtere Welt weit oben auf der Agenda der Bundeskanzlerin stehen. Neben dieser spannenden Ausschusssitzung gab es auch noch einige andere sehr schöne Termine: So konnte ich diese Woche wieder Besucherinnen und Besucher aus meinem Wahlkreis in Berlin begrüßen. Bei einer Veranstaltung der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) habe ich unsere Kreisvorsitzende Marie-Luise Fasse, die im Vorstand der SDW ist, getroffen. Da ich so vielen Niederrheinern in Berlin begegnet bin, hatte ich diese Sitzungswoche gar keine Zeit unsere schöne Heimat zu vermissen. ☺

Am Freitag ging es dann in der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zur Vorbereitung des EU-Gipfels mal wieder um das Thema Stabilisierung unserer gemeinsamen Währung. Angela Merkel hat vehement starke Durchgriffsrechte für Brüssel gefordert, um die Verletzung von Stabilitätsregeln durch die Euro-Länder künftig besser ahnden zu können. Nur durch europaweiten Schuldenabbau und solideres Haushalten wird die Staatsschuldenkrise zu lösen sein. Euro - Bonds, also gemeinsame Anleihen aller Euro-Länder und damit gemeinsame Schuld, sind keine Lösung, das hat auch die Kanzlerin wieder betont. Diese Meinung der Bundeskanzlerin teile ich voll und ganz.

Ich wünsche Ihnen ein wunderschönes Wochenende und einen gesegneten zweiten Advent. Mit herzlichen Grüßen

*Sabine Weiss*



## In dieser Ausgabe:

- Brief an die Leser
- Im Plenum
- Daten und Fakten
- Besuchergruppe in Berlin
- Weihnachtliches Berlin

Impressum:  
Sabine Weiss MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030/227-77720  
Telefax: 030/227-76720  
E-Mail:  
sabine.weiss@bundestag.de

## Im Plenum

Am Freitag hat Bundeskanzlerin Angela Merkel eine **Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 9. Dezember 2011** abgegeben.

In dieser Woche debattierten wir den **Neunten Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen und in anderen Politikbereichen**. Dieser erfasst den Zeitraum März 2008 bis Februar 2010 und stellt erstmals neben den Entwicklungen und Maßnahmen auf internationaler Ebene die im Berichtszeitraum von der Bundesregierung in Deutschland ergriffenen Maßnahmen im Rahmen eines separaten innenpolitischen Teils dar.

In zweiter und dritter Lesung stand das **Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung – GKV-Versorgungsstrukturgesetz** zur Verabschiedung an, dessen Ziel eine spürbare Verbesserung der Situation vieler Patientinnen und Patienten im konkreten Versorgungsalltag ist. Bürokratische Hemmnisse werden abgebaut und der Zugang zu erforderlichen Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln wird sichergestellt. Auch sollen Behandlungsabläufe für Patientinnen und Patienten zwischen Krankenhäusern, Ärzten und anderen Einrichtungen zukünftig besser abgestimmt werden. Der Sicherung einer flächendeckenden, wohnortnahen medizinischen Versorgung dient auch, dass das System der vertragsärztlichen Vergütung durch Zurücknahme zentraler Vorgaben flexibilisiert und regionalisiert wird. Darüber hinaus sind Regelungen zur Reform des vertragszahnärztlichen Vergütungssystems, zur Weiterentwicklung der ambulanten spezialärztlichen Versorgung, zur Weiterentwicklung der Strukturen des gemeinsamen Bundesausschusses, zu den medizinischen Versorgungszentren (MVZ) sowie zur Entbürokratisierung in verschiedenen Bereichen enthalten.

Das in zweiter und dritter Lesung verabschiedete **Gesetz zur Errichtung einer Visa-Warndatei und zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes** ist von zentraler Bedeutung für die Bekämpfung des Visamissbrauchs und des internationalen Terrorismus. Es ergänzt die im Visumverfahren bereits bestehenden Prüfmöglichkeiten und unterstützt die deutschen Visumbehörden bei ihrer Tätigkeit. In der Datei gespeichert werden Visumantragsteller, Einlader, Verpflichtungsgeber und sonstige Referenzpersonen, die mit Verurteilungen wegen bestimmter Straftaten mit Bezug zum Visumverfahren oder mit sonstigem Auslandsbezug oder mit konkreten sonstigen rechtswidrigen Verhaltensweisen wie insbesondere falschen Angaben im Visumverfahren aufgefallen sind. Beim Bundesverwaltungsamt wird ein Datenabgleichsverfahren durchgeführt, bei dem künftig Daten aus dem Visumverfahren mit bestimmten Daten aus der Antiterrordatei automatisiert abgeglichen werden. Dies ermöglicht eine Rückmeldung durch Sicherheitsbehörden an die Visumbehörden, wenn Personen aus dem terroristischen Umfeld beabsichtigen, nach Deutschland einzureisen.

Mit dem in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten **Gesetz zur Einrichtung und zum Betrieb eines bundesweiten Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ (Hilfetelefontgesetz)** wird ein zentrales Hilfetelefon beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben eingerichtet, um Zugangshindernisse zum bestehenden Unterstützungssystem, das gewaltbetroffene Frauen berät und unterstützt, zu beseitigen.

## Daten und Fakten

**Privathaushalte sind ohne Zusatzschulden durch die Krise gekommen.** Die Verschuldung der deutschen Privathaushalte ist während der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht gestiegen. Der seit rund zehn Jahren anhaltende Trend zu weniger Schulden wurde auch durch die Krise nicht gebrochen. Insgesamt sind die Sparquoten sogar gestiegen. Im Jahr 2009 waren deutlich weniger Haushalte – nämlich 18% – mit Konsumenten- und Immobilienkrediten belastet als während der Dotcom-Krise im Jahr 2000, als es noch circa 20% waren. Auch die niedrigen Zinsen haben die Haushalte nicht dazu veranlasst, mehr Schulden aufzunehmen. (Quelle: DIW Berlin)

**Community-Mitglieder passen Datenschutz individuell an.** Nutzer von sozialen Netzwerken legen Wert auf die Möglichkeit, ihre Privatsphäre individuell zu bestimmen. Fast alle Community-Mitglieder finden entsprechende Einstellungen wichtig, durch die ihre Daten nur bestimmten Personen zugänglich sind. An der Spitze der Nutzerwünsche steht die Möglichkeit, die Sichtbarkeit von Daten generell nach Personengruppen zu differenzieren (95%). Jeweils 89% halten es für wichtig, dass sie ihre Pinnwand für bestimmte Personen freigeben können oder das eigene Profil vor Suchmaschinen verbergen können. 86% möchten die Möglichkeit haben, die Kommunikation mit einzelnen anderen Mitgliedern zu blockieren, und 82% plädieren für die Option, das eigene Profil auch innerhalb eines Netzwerks unsichtbar machen zu können. 80% der Nutzer sozialer Netzwerke passen das Datenschutz-Niveau individuell an. Weitere 9% haben die Standard-Einstellungen bewusst übernommen. Lediglich 11% haben sich mit den entsprechenden Möglichkeiten nicht auseinandergesetzt. Insbesondere jüngere Nutzer haben die Voreinstellungen zur Privatsphäre verändert: 89% der 14- bis 29-jährigen Anwender das Datenschutz-Niveau angepasst. Je älter die Nutzer, desto weniger beschäftigen sie sich mit dem Schutz ihrer Privatsphäre. Auch gibt es Differenzen nach Bildungsabschlüssen. 83% der Abiturienten oder Hochschulabsolventen verändern die Einstellungen, aber nur 69% der Nutzer mit Hauptschulabschluss. Zwei Drittel der Community-Nutzer (66%) fehlen nach eigener Einschätzung noch Informationen, was sie für den Schutz ihrer Daten tun können. (Quelle: Bitkom)

## Besuchergruppe zu Besuch in Berlin

vom 27. bis zum 30. November 2011



Ich hatte netten Besuch aus meinem Wahlkreis. Menschen aus Xanten, Hamminkeln, Wesel und Schermbeck haben eine vier-tägige Berlinfahrt gemacht.

Auf dem Programm standen unter anderem ein Besuch des Bundeskanzleramtes , des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und des Bundesministeriums für Finanzen. Neben diesen politischen Schwerpunkten gab es aber auch noch Zeit für einige bekannte Berliner Sehenswürdigkeiten, wie beispielsweise der Besuch des Berliner Doms und des Berliner Weihnachtsmarktes. Abgerundet wurde die Fahrt noch durch eine Stadtrundfahrt durch Potsdam und einen Theaterabend im „Tipi am Kanzleramt!“

## weihnachtlich geschmücktes Berlin



Unter den Linden mit Blick zum Fernsehturm



Der Weihnachtsbaum am Brandenburger Tor erstrahlt